

Deutschland ist im Jahr 2019 immer noch ein Land der Klimasünden. Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte zu Beginn den vielen Klimaschutzaktivist\*innen in Rottenburg Recht geben. Beim Klimaschutz wird immer noch zu viel geredet und zu wenig gehandelt. Der CO<sub>2</sub> Ausstoß pro Kopf ist in Deutschland doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Die brandaktuelle Studie „Klimaschutzindex 2020“ vergleicht, wie ernst die Staaten die Klimaziele von Paris verfolgen. Es gibt 18 Staaten, die beim Klimaschutz weiter sind als wir. Darunter sind zum Beispiel unsere europäischen Nachbarn Großbritannien, Frankreich, Dänemark. Aber auch Indien, Ägypten und Marokko. Vorreiter, das war einmal! Vielleicht kann das durch den Druck der GRÜNEN nun etwas verbesserte Klimapakete den Rückstand reduzieren. Aber Stand heute wundert es uns nicht, dass unsere eigene Rottenburger CO<sub>2</sub>-Bilanz enttäuschend ausfällt. Wir haben uns als Mitglied im Klimabündnis das Ziel gesetzt, den CO<sub>2</sub>- Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Zehn Prozent, alle fünf Jahre. Davon sind wir noch weit entfernt!

Der Haushalt 2020 muss deshalb auch ein Klimahaushalt sein! Im Sektor Strom kommen wir voran. Das Programm, um Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher zu fördern, ist verankert. Aber im Sektor Wärme gibt es noch viel zu tun. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz 2016 für Rottenburg zeigt es. Privathaushalte stoßen mit 46 Prozent den größten Anteil an CO<sub>2</sub> aus. Ein Grund ist der Verbrauch von Heizöl. Wir finden, dass die Stadt hier Vorbild sein muss. Deshalb wollen wir, dass in städtischen Gebäuden keine Ölheizungen mehr neu eingebaut werden. Wenn man das Klima schützen will, dann hat Heizöl nichts mehr in unseren Kellern verloren. Der Sektor Verkehr verursacht in Rottenburg ohne die Autobahn 28 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Verkehrsbereich hat in Deutschland im Vergleich zu 1990 noch keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> eingespart. Das darf so nicht weitergehen. Es reicht aber nicht, den Menschen nur zu sagen, sie sollen weniger Autofahren. Viele tun es, weil sie keine andere Alternative haben, um verlässlich und bequem zum Ziel zu kommen. Wollte ich zum Beispiel den Bus nach Bondorf nehmen, müsste ich morgens 30 min früher aus dem Haus, weil es keine abgestimmte Verbindung zum Zug um 7:32 Uhr gibt. Wenn das eigene Kind nicht vor 22 Uhr schläft, dann bedeuten 30 min mehr Schlaf am Morgen eine Menge Lebensqualität. Wer die Menschen dazu bewegen will, sich klimaneutral fortzubewegen, der muss die Angebote dafür schaffen. Für den regionalen Busverkehr sind wir nicht zuständig, für den Radverkehr in unserer Stadt schon. Gerade auf Kurzstrecken sollen Menschen öfter aufs Rad steigen können. Dazu müssen wir das Fahrradfahren attraktiver machen. Deshalb beantragen wir, mehr und vor allem überdachte Abstellplätze zu bauen. Gerade hochwertige Elektrofahrräder und Anhänger für Kinder wollen sicher verstaut werden. Eine Mobilitäts-App soll außerdem dabei helfen, Fahrgemeinschaften bilden zu können. Denn weniger Verkehr auf der Straße heißt weniger Stau und mehr Mobilität.

Der Haushaltsplan zeigt: Der Spielraum für dauerhafte zusätzliche Ausgaben zum Beispiel für mehr Personal sinkt. Deshalb verursachen unsere Anträge- wie viele Anträge der anderen Fraktionen auch - nur geringe Mehrkosten. Einen Beschluss, der viel Geld kostet und der uns Grünen ganz besonders wichtig ist, haben wir bereits gemeinsam bei der Planaufstellung gefasst. Wir bezahlen die sogenannten Zweitkräfte in den Kitas künftig wie Gruppenleitungen. Diese Gleichbehandlung erkennt schlichtweg die Realität an. Gerade in Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten oder in Ganztagsgruppen müssen alle Erzieher\*innen die gleichen Aufgaben übernehmen und die gleiche Verantwortung tragen. Wir hoffen, dass sich damit das Personalkarussell ein Stück langsamer dreht. Damit haben Kinder die Chance, bessere Beziehungen zu ihren Erzieher\*innen aufbauen zu können. Das ist immens wichtig.

Nur wenige Kommunen schaffen es, den Haushalt für das kommende Jahr noch im alten zu verabschieden. Und es jetzt ja amtlich bestätigt worden, dass Rottenburg den Geldbeutel seiner Bürger\*innen schont und eine vergleichsweise dünne Personaldecke hat. Den Haushalt aufzustellen, erfordert also einen ganz besonderen Einsatz. Deshalb ganz herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

Im Großen und Ganzen setzt der Haushalt wichtige und sinnvolle Schwerpunkte. Niemand von uns will, dass wir die Feuerwehr tatsächlich einmal brauchen. Aber falls doch, sind wir froh, wenn sie gut ausgestattet ist und über moderne Technik verfügt. Deshalb investieren wir hier kräftig. Ein Land, das nichts im Boden hat, braucht es in den Köpfen. Große Summen fließen deshalb in Bildung und Weiterbildung. Denn nur kluge Köpfe sichern unseren Wohlstand. Dringend vorankommen müssen wir bei der digitalen Bildung. Die „International Computer and Information Literacy Study“ gibt Aufschluss darüber, wie gut Achtklässler\*innen im internationalen Vergleich für Probleme aus der realen Welt computergestützte Lösungen entwickeln können. Die Kompetenzen in Deutschland liegen deutlich unter dem internationalen Mittelwert. Der Rückstand auf Länder wie Südkorea, Dänemark und Finnland ist riesig. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Schulträger unseren Job machen und die Schulen mit digitalen Geräten und schnellem Internet ausstatten, damit Informatik- und Digitalunterricht tatsächlich auch stattfinden kann. Ein Moratorium wie hier schon gefordert, würde die Axt anlegen an die Grundlagen des Wohlstands von morgen.

Sorgen macht uns der immer noch zunehmende Flächenverbrauch. Sich hier über den geplanten Radschnellweg zu empören ist aber wenig glaubwürdig. Es gab im Kreistag am 03.05.2017 einen einstimmigen Beschluss aller Fraktionen für die Machbarkeitsstudie. Wir sind auch dafür, dass der Radschnellweg möglichst auf bestehenden Wegen umgesetzt wird. Dafür sollten wir gemeinsam eintreten. Herr Neher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD: Wo waren denn Ihre mahnenden Worte bei Wohnen und Gewerbe. Seit 2008 sind laut Statistischem Landesamt in Rottenburg 57 Hektar Wohnbaufläche und 52 Hektar Gewerbefläche bebaut worden, also ungefähr 110 Fußballfelder. Wir können den Flächenfraß nur stoppen, wenn wir bereit sind, zusammenzurücken und wenn wir Leerstände und untergenutzte Grundstücke systematisch bearbeiten. Wir sollten uns in allen Bereichen gegen den Flächenverbrauch stemmen. 1996 betrug die Einwohnerdichte in Rottenburg 82 Einwohner\*innen pro Hektar Wohnbaufläche. Heute sind wir bei 67 Einwohner\*innen pro Hektar. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens, der in Sachen neues Bauland Bescheidenheit heißt. Und wir müssen unsere Bemühungen für die Innenentwicklung intensivieren, um den benötigten Wohnraum zu schaffen. Baulücken bebauen, Leerstand aktivieren, Wohnungen umbauen, Wohnungen tauschen. Das alles sind Themen, die stärker bearbeitet werden müssen. Wir beantragen mit Blick auf die Finanzen jetzt erstmal keine neuen Stellen dafür. Aber wir wollen im kommenden Jahr sehen, dass die Verwaltung mehr dafür tut.

Unsere Landwirte haben schon genug Ackerböden verloren. Jetzt auch noch den Schlachthof zu verlieren, würde der heimischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft noch mehr schaden. Auch die Schäfer, die mit ihren Herden Steilhänge und Wiesen beweidet, wird es möglicherweise bei uns nicht mehr geben. Wir sehen es aber auch nicht als Aufgabe der Stadt an, ganz allein für die ganze Region einen Schlachthof zu unterhalten. Unser Antrag für eine Planungsrate ist daher als Aufforderung zu verstehen, sich umgehend für eine interkommunale Lösung einzusetzen und die Beteiligung der Landkreise und anderer Gemeinden einzufordern. Denn die Zeit drängt. Wir GRÜNEN wollen einen Schlachthof. Aber es muss ein gemeinsames Projekt der Region sein. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Weg zu unterstützen.